22. Sitzung

des Rates der Stadt Bergneustadt
im Begegnungsstätte Krawinkel-Saal, Kölner Str. 260

Sitzungstag

13.06.2012

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Anwesend sind:

Mitglieder
Andreas Baltes
Stefan Brand
Arzu Durmus
Albert Funk
Rainer Gartmann
Thomas Gothe
Dietmar Halberstadt
Jörg Haselbach
Stephan Hatzig
Christian Hoene
Dr. Walter Kahnis
Detlef Kämmerer
Antje Kleine
Axel Krieger
Thomas Kubitzki
Michael Kuntze
Dieter Kuxdorf
Wolfgang Lenz
Bernhard Ludes
Jens Holger Pütz
Stefan Retzerau
Heike Schmid
Reinhard Schulte
Ralf Siepermann
Thomas Stamm
Dr. Christoph Stenschke
Sylvia Thamm
Bernd Warwel
Isolde Weiner

von der Verwaltung:
Gerhard Halbe BM
Johannes Drexler StOVR
Bernd Knabe Stadtkämmerer
Uwe Binner StAR
Wolfgang Scharf StAR
Felix Töfter StI

Gäste:

Es fehlten

Tagesordnung

22. Sitzung des

Rates der Stadt Bergneustadt

am 13.06.2012

TOP	Beschluss-Vorl.-Nr.	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Seite
Öffentliche Sitzung			
1.	1056/2012	Haushaltssanierungsplan 2012	
2.	1050/2012	Antrag der SPD-Fraktion betr. Vermarktung von Flächen, die sich in öffentlichem Besitz befinden vom 28.04.2012	
3.	1051/2012	Antrag der SPD-Fraktion betr. Parkraumbewirtschaftung und Vermietung öffentlicher Stellplätze vom 28.04.2012	
4.	1052/2012	Antrag der SPD-Fraktion betr. Gebäudemanagement städtischer Gebäude außerhalb PPP vom 28.04.2012	
5.		Mitteilungen	
6.		Anfragen, Anregungen, Hinweise	

Bürgermeister Halbe begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und eröffnet die gemeinsame Sitzung des Stadtrates und des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bergneustadt.

Öffentliche Sitzung

1. **Haushaltssanierungsplan 2012**
1056/2012

Bürgermeister Halbe erläutert das Stärkungspaktgesetz und schildert die Situation für die Stadt Bergneustadt; anschließend erklärt StK Knabe die Systematik des Haushaltssanierungsplanentwurfes.

Im Rahmen dieses Sanierungsplanes erläutert Stv. Dr. Kahnis folgenden Antrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Bergneustadt beschließt, die Aufwandsentschädigung für die Stadtverordneten ab dem 01.07.2012 umzustellen. Anstelle der pauschalen Abgeltung von monatlich 256,50 Euro pro Stadtverordneten erhält jedes Ratsmitglied eine Aufwandsentschädigung von 169,00 Euro sowie ein zusätzliches Sitzungsgeld von 17,30 Euro.

Stv. Kuxdorf weist auf den großen Stellenwert des Sports in der Stadt Bergneustadt hin und kritisiert Einsparungen und Hallengebühren in diesem Bereich; diese seien eine große Belastung für die Vereine. Die Mittel für die Sportförderung seien aus Einnahmen für die Bandenwerbung erwirtschaftet worden und dürften somit nicht einfach gekürzt werden, ebenso wenig dürften die Mittel für die Sanierung des Ascheplatzes Stentenberg gestrichen werden.

Stv. Dr. Kahnis hält Hallenbenutzungsgebühren für Erwachsene für gerechtfertigt, da andere Vereine bereits erhebliche Leistungen in anderer Form erbracht haben.

Hierzu teilt der Bürgermeister mit, dass ihm die anstehenden Sanierungsmaßnahmen kein Vergnügen bereiteten, er jedoch die Liste vehement verteidigen müsse. Jede Maßnahme, die gestrichen werde, führe zwangsläufig zu einer weiteren Erhöhung der Grundsteuer B.

Stv. Stamm erläutert die als Anlage beigefügte alternative Maßnahmenübersicht der SPD und beklagt, dass große Belastungen durch die Umlageverbände erfolgen und diese sich nicht an den Sanierungen beteiligen würden.

Stv. Schulte weist auf ein in Wahrheit 8 Millionen Euro hohes Defizit hin und be-

tont, dass die Entwicklungen nach vorgenommenen Einsparungen und Abstimmungen oft von der Realität eingeholt würden. Die Einsparung von Kleinbeträgen könne das Defizit kaum vermindern, jedoch bestehe ein gesetzlicher Zwang, die Maßnahmenliste zu verabschieden; es solle nicht wieder alles in Frage gestellt werden. Ohnehin sei das Stärkungspaktgesetz ein Skandal, da die Finanzausstattung der Kommunen grundsätzlich nicht ausreiche.

In diesem Zusammenhang weist BM Halbe nochmals auf einen fristgerechten genehmigten Haushaltssanierungsplan hin, da die Stadt sonst keinerlei Fördergelder mehr erhalten werde; es bestehe keine Möglichkeit, um dieses Konzept herumzukommen.

Auf die Frage des Stv. Lenz, ob einzelne Maßnahmen (Kürzungen) verändert werden können, wenn andere Einsparungen zu erzielen seien, teilt die Verwaltung mit, dass dies möglich sein müsse. Dies sieht auch Stv. Stamm so , der Ausgleich müsse jedoch jetzt dargestellt werden, damit die Stadt handlungsfähig bleibe.

Nun erfolgt eine Sitzungsunterbrechung, damit die Bürger zum Stärkungspakt aus ihrer Sicht Stellung nehmen können:

Herr Knott hat Sorge, dass Mieter umziehen und Wohnungen/Häuser leerstehen könnten, wenn die Grundsteuern zu sehr erhöht würden. Somit könnten tatsächlich sogar weniger Steuereinnahmen erzielt werden.

Hierzu entgegnet der Bürgermeister, dass dies evtl. möglich wäre, allerdings dürfen Steuererhöhungen keine Erdrosselungswirkung haben. Auf eingegangene Klagen in anderen Städten seien jedoch noch keine gerichtlichen Urteile erfolgt. Grundsätzlich sei ein neuer Finanzausgleich erforderlich, damit wenigsten die Pflichtaufgaben erfüllt werden können. Auch Stv. Stamm weist darauf hin, dass insbesondere die Grundsteuer B keine Haushaltsanierungssteuer sei; die Gerichte werden übermäßigen Erhöhungen Grenzen setzen.

Herr Vogel hält eine Infragestellung des Stärkungspaktes für nicht hilfreich, allerdings sei der zeitliche Rahmen zu kurz, da der Bürger sonst zu stark belastet werde. Alle Politiker und Bürger sollten auf die Landesregierung zugehen und ihren Unmut massiv äußern.

Herr Ebach weist darauf hin, dass auch die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer erhöht werden sollen. Wie solle dann das Gewerbegebiet Lingesten gefüllt werden. Es sollten alle gemeinsam gegen das Stärkungspaktgesetz vorgehen. Die Probleme sieht der Bürgermeister auch, allerdings haben alle bisherigen Proteste und Resolutionen nicht den gewünschten Erfolg gebracht.

Viktoria Wilhelm (Jugendstadtrat) schildert das Stärkungspaktgesetz aus Sicht der Jugendlichen. Dabei dürfe das Bildungsangebot nicht schlechter werden, die Stadt müsse attraktiv bleiben und die Lasten müssen auf alle Generationen verteilt werden. Lebensqualität und Chancengleichheit dürfen auch bei Schließungen nicht beeinträchtigt werden.

Herr Vogel bittet den Stadtrat als Bürger, die Stelle eines Beigeordneten aufzuheben. Die Bürgerhäuser Belmicke und Neuenothe könnten nur zu einem Schleuderpreis verkauf werden und die Vereine hätten dann außer dem Sportplatz keine Versammlungsräume mehr. Der Bürgermeister sagt zu, vor einer Veräußerung mit den Vereinen zu sprechen.

Auf die Frage des Stv. Lenz, welche Beträge sich hinter den geplanten Grundsteuererhöhungen verbergen, gibt Stv. Kämmerer Erläuterungen anhand eigener Beispiele. Der Bürgermeister hält bei einer Verdoppelung des bisherigen Steuersatzes durchschnittlich 22,00 – 34,00 Euro monatlich für realistisch.

Nachdem noch verschiedene Fragen der Bürger beantwortet werden, weist Stv. Schulte abschließend darauf hin, dass der Stärkungspakt öffentlich gemacht werden und auch die Bevölkerung Druck machen sollte. Auch entsprechende Presseartikel seien hilfreich.

Stv. Krieger hält ein nochmaliges Vorstelligwerden in Düsseldorf für sinnvoll, da Verwaltung, Rat und Bürger der Stadt Bergneustadt mit der Situation überfordert seien.

2. **Antrag der SPD-Fraktion betr. Vermarktung von Flächen, die sich in öffentlichem Besitz befinden vom 28.04.2012**
1050/2012

Stv. Retzerau erläutert den Antrag der SPD-Fraktion, nachdem die Verwaltung Untersuchungen anstellen und ein Konzept entwickeln soll, die städtischen Flächen zur regenerativen Energienutzung zu vermarkten und zu verpachten.
Hierzu weist der Bürgermeister darauf hin, dass zur Zeit ein Teilklimaschutzkonzept erarbeitet werde, in dem diese Forderungen berücksichtigt werden sollen; zu dem seien bereits im Rahmen des Konjunkturpaktes II Flächen zur regenerativen Energienutzung zur Verfügung gestellt worden.

3. **Antrag der SPD-Fraktion betr. Parkraumbewirtschaftung und Vermietung öffentlicher Stellplätze vom 28.04.2012**
1051/2012

Stv. Retzerau erläutert den Antrag der SPD-Fraktion, Untersuchungen anzustellen und Konzepte zu entwickeln, die die Stellplätze/Parkplätze und sonstige „öffentliche“ Freiflächen in eine wirtschaftliche Nutzung überführen.

Hierzu entgegnet BM Halbe, dass bereits Verwarnungsgelder (Knöllchen) in erheblichem Umfang ausgestellt werden, eine weitere Bewirtschaftung von Flächen hält er für problematisch, da bereits die Installation und Wartung von Parkautomaten sehr aufwändig sei.

4. **Antrag der SPD-Fraktion betr. Gebäudemanagement städtischer Gebäude außerhalb PPP vom 28.04.2012**
1052/2012

Stv. Retzerau erläutert den Antrag SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Bewirtschaftung von Gebäuden planmäßig/gesteuert erfolgen sollte. Bereits nach kurzer Zeit hat sich bei den Schulen (PPP Verfahren) herausgestellt, dass sowohl Energiekosten eingespart wurden und der Gebäudezustand als gut einzustufen ist.
Bei eigenen Gebäuden sollten wie bei PPP beschlossene, gleiche Regeln für die anderen städtischen Gebäude gelten.
Hierbei werden einerseits Energiekosten gesenkt und der Bestand erhalten, was insbesondere für das Rathaus gilt.

Hierzu teilt der Bürgermeister mit, dass bereits eine Gebäudebewirtschaftung erfolge und auch ständig optimiert werde.

5. **Mitteilungen**

./.

6. **Anfragen, Anregungen, Hinweise**

./.

unterz. am:

Bürgermeister	Schriftführer/in